

Der Islam gehört zur Schweiz.

Neulich war in den Zeitungen zu lesen, dass die SP Schweiz die Anerkennung des Islams fordert. Damit sollen für den Islam in der Schweiz dieselben Regeln gelten, wie für die Landeskirchen.

Konkret würde das heissen, dass die anerkannten muslimischen Glaubensgemeinschaften einer kantonalen Aufsicht unterstellt würden. Damit soll sichergestellt werden, dass sie gewisse Werte wie die Gleichstellung von Männern und Frauen gewährleisten, dass sie sich zum säkularen Staatsrecht bekennen, dass ihre Finanzierung transparent ist und dass sie sich verpflichten, gemeinnützige Leistungen wie Seelsorge und Bildung zu übernehmen. Im Gegenzug hätten die schweizerischen muslimischen Gemeinschaften das Recht, Steuern einzuziehen und in Spitälern, Gefängnissen und in der Armee Seelsorge zu betreiben. Ausbildungslehrgänge für Imame sollen an Schweizer Universitäten angeboten werden.

Ich bin überzeugt davon, dass mit dieser Form der Anerkennung des Islams ein wesentlicher Schritt in Richtung Akzeptanz

und Integration passieren könnte. Und es wäre ein starkes Zeichen gegen radikale Gruppierungen.

Dass nationalistische Kreise nichts mit dieser Idee anfangen können, überrascht nicht wirklich. So findet zum Beispiel die SVP nach wie vor, der Islam gehöre nicht zur Schweiz. Eine Haltung, die man auch von nationalistischen Parteien in Deutschland immer wieder hört.

Diese Form der Ausgrenzung, gepaart mit der Haltung eines extremistischen Islams, bewirken genau das Gegenteil dessen, was wir unter einem toleranten Zusammenleben verstehen. Indem die Angst vor dem Islam auf beiden Seiten geschürt wird, machen wir es der grossen Mehrheit der Muslime, die in der Schweiz leben, die sich an unsere rechtsstaatlichen Regeln halten und die bestens integriert sind, schwer, ihren Glauben frei zu leben und dazu zu stehen. Das wiederum widerspricht unserer Bundesverfassung.

Es ist höchste Zeit, dass wir den Islam differenziert betrachten. Wie in jeder anderen Religion gibt es eine grosse

Mehrheit von Gläubigen, die sich ein konstruktives Zusammenleben wünschen, die offen und tolerant sind. Und auf der anderen Seite gibt es – ebenfalls wie in jeder anderen Religion – die radikale, extremistische, ausgrenzende Tendenz.

Die Vermutung liegt nahe, dass nationalkonservative Kreise gar nicht daran interessiert sind, den Islam differenziert wahrzunehmen. Das Feindbild der Muslime als Gefahrenquelle dient zu sehr dem Ziel, ein abendländisches Kulturbild zu zementieren, welches sich nach aussen abschottet.

Ich hoffe, dass die SP mit ihrer Forderung einen Denkprozess anstösst, der in Richtung einer friedlichen Koexistenz der Religionen führt. Sich mit den Kriterien einer anerkannten Religion immer wieder zu befassen, gerade was die Gleichstellung von Männern und Frauen betrifft, würde im Übrigen auch den bereits anerkannten Landeskirchen nicht schaden ...

Christa Meier,

6.6.2018, 117. Jahrgang, Nr. 157.